

Im Namen Allahs des Erbarmungsvollen des Barmherzigen

Antwort auf eine Frage

Die landesweiten Proteste in den USA und deren Auswirkungen auf die amerikanische-Außenpolitik

Frage:

Seit rund zwei Wochen kommt es in den USA zu teils heftigen Protesten, von denen einige in gewaltsame Ausschreitungen und Plünderungen ausarteten und im Zuge derer Polizeigebäude in Brand gesetzt wurden. Kann der Tod eines schwarzen Amerikaners derartige Proteste ausgelöst haben? Ähnliche Vorfälle kamen in den Vorjahren häufig vor, jedoch ohne dass es zu solchen Unruhen kam! Werden die jetzigen Proteste Auswirkungen auf die Außenpolitik der USA haben?

Antwort:

Um die Fragen hinlänglich zu beantworten, wollen wir Folgendes darlegen:

1. Am 25.05.2020 ist in der Stadt Minneapolis im Bundesstaat Minnesota der Afroamerikaner George Floyd von der US-Polizei getötet worden. Es war ein abscheuliches Verbrechen, bei dem der Polizist den in der Polizeiausbildung trainierten Griff, bei dem das Knie auf den Nacken der Person gesetzt und die Halsschlagader abgedrückt wird, anwandte. Fast neun Minuten dauerte das Martyrium George Floyds, während er immer wieder „I can't breathe“ („Ich kann nicht atmen“) rief - so lange, bis er starb. Diesen grausamen Akt konnten Millionen von Amerikaner mitverfolgen und mit eigenen Augen sehen, mit welcher Brutalität die US-Polizei gegen Schwarze vorgeht. Direkt am nächsten Tag kam es in der Stadt Minneapolis zu Kundgebungen, um gegen diese Stufe der Brutalität im Umgang mit Menschen zu protestieren. Mit der Verbreitung des Videos über die sozialen Medien, welches das qualvolle Ersticken des Mannes dokumentiert, schwappten die Proteste auf immer weitere Städte über, bis am Ende mehr als achtzig US-Städte in den verschiedenen Bundesstaaten von der Welle erfasst wurden. Die Behörden verhängten Ausgangssperren, um die Demonstrationen zu stoppen, die teils von Plünderungen und Ausschreitungen begleitet wurden, und wo am Ende Läden und Polizeigebäude brannten. Die US-Polizei ging äußerst hart gegen die Demonstrationen vor und nahm über viertausend Personen in mehreren Städten fest. Auch Tote waren zu beklagen. Schließlich wurde der Einsatz der Nationalgarde angefordert, um für Sicherheit zu sorgen und die Kontrolle über die Straßen wiederzuerlangen. Selbst das Militär wurde für die Hauptstadt Washington angefordert, um die Kontrolle in der Stadt aufrechtzuerhalten – ein beispielloser Akt in der Geschichte der USA. Zu seinem eigenen Schutz wurde Trump in einen unterirdischen Bunker gebracht, weil man fürchtete, die Demonstranten, könnten das Weiße Haus stürmen.

2. Die Szenen der Proteste haben das Bild der angeblich inneren Stabilität, das die Regierungen der Vereinigten Staaten immer stolz vor sich hertrugen, hinweggefegt. Lodernde Flammen, geplünderte Geschäfte und verwüstete Polizeigebäude in einer nicht geringen Dimension sollte ein Weckruf für die Amerikaner sein und ein Vorgeschmack auf das, was ihre Regierungen in anderen Staaten der Erde laufend an Infernos anrichten. Denn nun droht das brutale und rücksichtslose Vorgehen der US-Regierung in der Welt auf das amerikanische Volk selbst überzuschwappen. Es waren in der Tat nach allen Maßstäben schockierende Szenen: Ein Präsident, der friedlichen Demonstranten vor dem Weißen Haus mit „bisswütigen Hunden“ und dem Einsatz der „bedrohlichsten Waffen der Welt“ droht, wenn sie es wagen sollten, über den Zaun des Weißen Hauses zu klettern,

das von Stacheldrahtzäunen und Zementmauern umgeben ist. Von den Gouverneuren der Bundesstaaten verlangte er, mit aller Härte gegen die Demonstranten vorzugehen und die Ordnung notfalls mit Gewalt wiederherzustellen. Zudem legte er ihnen nahe, von der Nationalgarde Gebrauch zu machen und das Militär in Alarmbereitschaft zu versetzen, wodurch es binnen vier Stunden intervenieren könnte, sollte es weder der Polizei noch der Nationalgarde gelingen, Herr der Lage zu werden. Und tatsächlich marschierten in der Hauptstadt Washington Soldaten auf, bevor sie wieder abgezogen wurden, nachdem der Präsident scharf dafür kritisiert wurde, Soldaten auf das eigene Volk loszuschicken. Auf der anderen Seite sah man die Wut der Massen, die sich weder von der Polizei noch von der Nationalgarde noch von der Coronavirus-Gefahr abhalten ließen. Der eine Teil von ihnen demonstriert mit friedlichen Absichten für Bürgerrechte und fordert, die Mörder zur Rechenschaft zu ziehen und den Polizeiapparat zu reformieren. Der andere Teil greift gezielt staatliche Einrichtungen an, besonders die der Polizei, um sie in Brand zu stecken und zu zerstören. Daher behauptete Trump, die Proteste seien Teil der „Antifa“, einer linken, extrem antikapitalistischen Bewegung. Und eine dritte Gruppe ist auf Plünderung, Diebstahl und Zerstörung aus.

3. Im weiß dominierten Polizeiapparat der USA, ist die herabwürdigende Behandlung der schwarzen Bevölkerung die Norm. Zahlreiche Schwarze in den USA sind durch die Hand von Polizisten ums Leben gekommen. Einige dieser Vorfälle sind dokumentiert und auf Video festgehalten worden, wie im Falle George Floyds. Ein solches Ereignis stellt in den USA also keine Seltenheit dar, sondern wiederholt sich regelmäßig. Denn Rassismus ist in den Gesellschaften der Vereinigten Staaten eine Erscheinung, die spürbar und offenkundig ist.

Dass allerdings der Tod George Floyds am 25.05.2020 in Minneapolis diesen gewaltigen Volkszorn entfacht, der sich gegen den institutionellen Rassismus in den USA richtet, besonders den gegen die schwarze Bevölkerung, dafür gibt es bestimmte Gründe. Diese sind zu einem Teil in der Vergangenheit zu suchen und zu einem anderen in der Gegenwart. Dazu zählen:

a) **Das Scheitern des Assimilationsprozesses innerhalb der amerikanischen Gesellschaft:** Die jetzige amerikanische Gesellschaft ist aus der Saat eines puren Rassismus hervorgegangen. Denn europäische Einwanderer, allen voran die Engländer, haben ihre Kolonien in Amerika auf den Leichen von Millionen von Indianern, den Ureinwohnern des Landes, errichtet. Für die Arbeit in den neuen Kolonien wurden Sklaven aus Afrika nach Amerika verschleppt, weshalb die Amerikaner jeden Menschen mit afrikanischen Wurzeln als Sklaven betrachteten. Jahrhundertlang war das ihr offizieller Status. Sie mussten sich einer Rassentrennung unterwerfen und als Leibeigene auf den Plantagen und in den Fabriken der Weißen arbeiten. Als im Jahr 1790 der erste *U.S. Naturalization Act* verabschiedet wurde, galt dieses Einbürgerungsgesetz nur für Weiße („free white persons“), während Schwarze davon ausgeschlossen und als Bürger nicht anerkannt waren. Und auch wenn den Afroamerikanern in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts manche Rechte, wie das Wahlrecht, zuerkannt wurden, blieb die Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung offizielle Politik der Vereinigten Staaten, auch nach Ende des amerikanischen Bürgerkrieges. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts formierte sich eine große Bürgerrechtsbewegung, das sogenannte *Civil Rights Movement* mit Martin Luther King als deren Sprecher, der als Führer der Schwarzen in Amerika bekannt wurde. Aus dieser Bewegung ging die rechtliche Gleichstellung der Schwarzen in den USA hervor. Damit glaubten die Afroamerikaner, nunmehr ihre Bürgerrechte erlangt zu haben, die ihren Vätern und Großvätern noch vorenthalten wurden. Doch das änderte nicht viel an der Gesinnung der weißen US-Bevölkerung, Afroamerikaner als minderwertig anzusehen. Das rassistische Verhalten ihnen gegenüber blieb weiter an der Tagesordnung. Und trotz des Geredes amerikanischer Führer, dass die

Rassendiskriminierung beendet sei, belegen unterschiedliche Berichte, dass die rassistische Sicht auf Menschen mit afrikanischen Wurzeln in den USA tief verankert ist. Zu den Erscheinungsformen des Rassismus gegen Schwarze in den USA gehört der überproportional hohe Anteil schwarzer Gefängnisinsassen, verglichen mit dem Anteil weißer Gefangener, ebenso wie die hohe Arbeitslosenquote unter Afroamerikanern. Dazu zählt auch der deutliche Unterschied beim Durchschnittseinkommen zwischen Familien mit schwarzer und Familien mit weißer Hautfarbe. Auch die medizinische Versorgung und andere Dienstleistungen in Gegenden mit mehrheitlich schwarzen Bewohnern, den sogenannten Schwarzenvierteln, sind geringer, verglichen mit Orten, die oft als „bessere“ Gegenden gelten und wo eine angemessene medizinische Versorgung existiert. In den Gebieten, wo sich weiße Amerikaner niederlassen, steigen in der Regel auch die Mietpreise.

b) Der Einzug der rassistischen Trump-Administration ins Weiße Haus und das Umhegen der White-Supremacy-Anhängerschaft (Anhänger der Idee der weißen Vorherrschaft): Die Gruppierungen, die Trump unterstützen, sind von der Überlegenheit der weißen Rasse gegenüber anderen überzeugt. Mit dem Einzug Trumps ins Weiße Haus wurden sie hochgespült und sehen in Trump ihren nationalen Führer. Mit ihnen vermengen sich die evangelikalischen Christen, die der Idee von der Weißen Vorherrschaft noch eine religiöse Färbung verleihen. So hat sich Trump von Anfang an offen gegen Muslime positioniert. Vielen von ihnen wurde das Visum für die Einreise in die USA verwehrt. Er hat auch unverblümt gegen Mexikaner gewettert und Teile seiner Pläne zum Mauerbau an der Grenze zu Mexiko umgesetzt. Er hat China den Handelskrieg erklärt und das Coronavirus als „chinesisches Virus“ bezeichnet und so eine Welle der Feindseligkeit gegenüber Chinesen, die in Amerika leben, losgetreten. 2017 zeigte er sich gegenüber Neonazi-Demonstrationen im Bundesstaat Virginia tolerant. Der Ton, mit dem er über die Minderheiten im Lande spricht, ist durchwegs beleidigend. Auch wie er sich in seinen Kommentaren über den Tod des „schwarzen“ Floyd geäußert hat und dass er es für notwendig befindet, die Proteste für die Rechte der „Schwarzen“ niederzuschlagen. All das macht Präsident Trump selbst zu einem der größten Agitatoren, der rassistische Diskriminierung in den USA befeuert. Deshalb hat die Zahl feindseliger Handlungen gegen Schwarze, Muslime, Mexikaner und Chinesen in den USA seit dem Antritt Trumps als Präsident zugenommen und werden diese Bevölkerungsgruppen mehr denn je als Parasiten betrachtet, die gekommen seien, um den Amerikanern die Arbeitsplätze wegzunehmen und die Reichtümer Amerikas zu plündern. Und so hat sich die Rassendiskriminierung in vielen Teilen der US-Gesellschaft zu einem hervorstechenden Problem entwickelt.

c) Die Auswirkungen des Coronavirus auf die US-Gesellschaft: Zu den Gründen, warum die Proteste gegen den Tod Floyds in Amerika eine solche Intensität angenommen haben, gehört der Umstand, dass sie mit der Coronakrise und den damit einhergehenden Quarantänemaßnahmen zusammenfielen, wodurch sich die Amerikaner eingeengt fühlten. Das zum einen. Zum anderen hat die Epidemie für einen enormen Anstieg der Arbeitslosenquote gesorgt, was Zukunftsängste bei den Amerikanern ausgelöst hat. Zum Dritten wurden die Amerikaner Zeuge eines katastrophalen Versagens ihrer Regierung im Umgang mit der Pandemie in ihrem Land, wo es an medizinischer Ausrüstung fehlte und es versäumt wurde, sich ausreichend gegen das Virus zu rüsten, obwohl die Corona-Welle zunächst über China und Europa gezogen war, bevor sie auch die USA heimsuchte. Sie hätten also Gelegenheit gehabt, Vorbereitungen zu treffen, die die Regierung jedoch verstreichen ließ. Der chaotische Umgang der US-Administration mit der Epidemie und das Krisenmanagement Trumps waren ein weiterer Grund für die Spaltung des politischen US-Establishments. Eine der enormen, schwerwiegenden inneramerikanischen Problematiken ist auch, dass die amerikanische Gesellschaft mehr und mehr die

Abgründe des kapitalistischen Systems zu spüren bekommt. So schreitet der Prozess der Vermögensverteilung in den USA in beängstigendem Tempo zugunsten einer verschwindend kleinen Kapitalisten-Clique voran, die mit ihren Lobby-Organisationen großen Einfluss auf die Politik ausübt. Eine Politik, die sich in Richtung immer größerer Steuererleichterungen für diese Clique bewegt. Und das in einer Zeit, in der die Mittel- und Geringverdiener am meisten die Last der verheerenden Steuern tragen müssen. Die amerikanischen Proteste haben die wachsende Kraft der antikapitalistischen Bewegung der „Antifa“ in den USA zum Vorschein gebracht. Ginge es nach Trump, würde er sie als terroristische Vereinigung einstufen. Es handelt sich um dieselbe Bewegung, die nach der Finanzkrise 2008 zur Besetzung der Wallstreet - als Symbol für den Kapitalismus - aufrief und als „Occupy Wallstreet“-Bewegung bekannt wurde. Die Anhängerschaft dieser Bewegung wächst, verankert sich immer mehr in der amerikanischen Gesellschaft und ruft zur Gewalt gegen den Kapitalismus auf. Heute wird diese Bewegung beschuldigt, die Demonstranten dazu angestiftet zu haben, staatliche Einrichtungen wie etwa Polizeigebäude anzuzünden und zu zerstören.

4. All das hat effektiv Auswirkungen auf Amerikas Außenpolitik. Und das aus folgenden Gründen:

a) **Ein gespaltenes Amerika:** Mit der Regierungsübernahme der Trump-Administration 2017 hat sich gezeigt, dass die Vereinigten Staaten alles andere als einig sind und dass die angewandte Politik der Regierungen die US-Amerikaner spaltet. Dazu gehört die Politik hinsichtlich der Kriege und der internationalen Unterstützung der USA für ihre Vasallen in der Welt ebenso in Bezug auf die Steuerpolitik, auf den Umgang mit Minderheiten, auf Einwanderung und auf vieles mehr. Doch auch Trump als Person trägt maßgeblich zur Polarisierung Amerikas bei. Allein seine Persönlichkeit, die gekennzeichnet ist durch Über-Arroganz, Machtbesessenheit, maßloses Geltungsbedürfnis, mangelnde Weisheit, Verbissenheit beim Ausfechten interner Konflikte und das euphorische Vorführen bezwungener Gegner, hat die Nation gespalten: Entweder für ihn oder gegen ihn. Rücktritte und Entlassungen innerhalb seines eigenen Regierungsstabs in solch einem Umfang hat es bei keinem seiner Vorgänger je gegeben. Die Coronakrise sowie die Wortgefechte, die sich Trump und die Gouverneure einiger Bundesstaaten lieferten, haben die Spaltung in Amerika noch vertieft. Diese Spaltung schlägt sich im politischen und finanziellen Establishment nieder und projiziert sich von dort auf die Gesellschaft als Ganzes. Die Art und Weise, wie Präsident und Regierung mit der durch die Massenproteste ausgelösten Krise umgehen, polarisiert noch zusätzlich. Die Protestbewegung, die sich nach Floyds Tod formiert hat, wird von Trump abgelehnt. Er will mit aller Macht für Recht und Ordnung sorgen. Die Demokraten, die Gouverneure einiger Bundesstaaten und selbst sein eigener Verteidigungsminister sind gegen ein solches Vorgehen. Letzterer hatte sogar sein Bedauern darüber geäußert, den Präsidenten beim Besuch einer neben dem Weißen Haus gelegenen Kirche begleitet zu haben, nachdem eine Kundgebung in der Umgebung des Gebäudes von Sicherheitskräften geräumt wurde. Dem Präsidenten wurde dieser Besuch als politische Propaganda angelastet. Zu den jüngsten Beispielen des Konfliktes und der Eskalation zählt: *Ehemalige US-Verteidigungsminister und dutzende Militärverantwortliche warfen Trump in einer gemeinsamen Botschaft vor, den Eid und die Verfassung verraten zu haben, da er erwogen habe, das Militär gegen die Demonstranten aufmarschieren zu lassen. Zu den Unterzeichnern gehörte auch Ex-Verteidigungsminister James Mattis.* (Aljazeera.net, 07.06.2020) Doch die Angelegenheit blieb nicht nur auf frühere Verteidigungsminister beschränkt. Auch der derzeitige Pentagon-Chef Esper kritisierte den Präsidenten scharf. Die gleiche Quelle berichtete: *Der Nachrichtensender BBC zitierte einen Verantwortlichen aus dem Pentagon, dem US-Verteidigungsministerium, wonach Donald Trump in der vergangenen Woche die Verlegung von zehntausend Soldaten nach Washington und in*

weitere US-Städte angefordert habe, um die Proteste zu unterbinden. Doch Verteidigungsminister Mark Esper und Generalstabschef Mark Milley hätten dieses Gesuch abgewiesen. Das geschah vor dem Hintergrund massiver Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt in Washington sowie in weiteren amerikanischen und europäischen Städten. Das Magazin New Yorker will von Quellen im Weißen Haus erfahren haben, dass es zu einem heftigen Wortgefecht zwischen Präsident Trump und General Mark Milley gekommen sei. Der Zeitschrift zufolge soll General Milley aus Protest gegen die Bitte, die Armee auf die Straßen amerikanischer Städte zu schicken, um die Demonstrationen zu stoppen, seine Stimme gegen den Präsidenten erhoben haben. Milley sei der Auffassung gewesen, dass der Einsatz der Armee auf den Straßen gesetzeswidrig sei.

b) Die Phase der Präsidentschaftswahlen: Was dem Ganzen noch weitere Brisanz verleiht, ist die Tatsache, dass die Proteste mit dem Beginn des Wahlkampfes beider Kandidaten, des Republikaners Trump und des Demokraten Biden, zusammenfielen. Und wenn Trump große Sorge um seine Zukunft als Präsident verspürt – er möchte im November dieses Jahres wiedergewählt werden, was für ihn oberste Priorität hat -, so liegt seine Hauptangst dabei in der Coronakrise und deren Folgen für die US-Wirtschaft. Millionen von Amerikanern, die ihre Arbeitsplätze verloren haben, und ein falscher Umgang mit der Coronakrise, der ihm zur Last gelegt wird, lassen ihn befürchten, dass sein demokratischer Kontrahent dies für seinen Wahlkampf nutzen wird. Und nun kamen die jüngsten Proteste, die Präsident Trump dazu nutzen wollte, sich als starker Mann zu inszenieren, der in der Lage ist, für Recht und Ordnung zu sorgen und Eigentum zu schützen, was seine Wahlchancen verbessern würde. Doch sein Konkurrent Joe Biden, die Demokratische Partei und andere Kräfte trachten danach, die Sache ganz anders darzustellen und Trump als denjenigen zu brandmarken, der die Spaltung Amerikas weiter vertieft und unfähig ist, die Wunden der US-Gesellschaft, die sich nach dem Tod Floyds und den Protesten aufgetan haben, zu schließen. Aufgrund seiner explosiven Äußerungen gegen die Demonstranten machen sie ihn für die gewaltsamen Ausschreitungen, den Vandalismus und die Proteste verantwortlich.

c) Das harte Vorgehen des Staates gegen die Proteste: Die Staaten weltweit konnten verfolgen, mit welcher Härte und Brutalität die amerikanische Regierung mit den Massenprotesten umgegangen ist und wie der Präsident die Ordnung durchsetzen wollte. Sie konnten das Gerede von bisswütigen Hunden und dem Einsatz der bedrohlichsten Waffen mitanhören und die Verhaftung tausender Menschen und den Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas in den USA mitansehen, nachdem das Land jahrzehntelang vor solchen Szenen gefeit war. All dies entreißt den USA eine Trumpfkarte, die sie stets gegen ihre Kontrahenten auf der Welt zu Felde führten, wie Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Unterstützung der Opposition usw. Und das hat unmittelbare Auswirkungen auf die amerikanische Außenpolitik, die damit eines ihrer bekanntesten Argumente auf internationaler Bühne verloren hat. Untermauert wird dies durch die Äußerung der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Zacharova, die klarstellte: *„Seit Ende Mai/Anfang Juni 2020 haben die USA jedes Recht verloren, irgendeinen Kommentar gegen irgendjemanden auf der Erde in Bezug auf Menschenrechte zu richten.“* Sie kommentierte den Umgang amerikanischer Behörden mit den Demonstranten, die gegen Rassismus und Polizeigewalt in den USA protestieren, mit den Worten: *„Es reicht! Von jetzt an verfügen sie nicht mehr über dieses Recht.“* (Al-Yaum al-Sabi', 02.06.2020)

5. Der Rassismus ist in den USA beheimatet. Es mag sein, dass er manchmal erlischt, doch viel öfter entfacht er sich wieder. Rassismus ist nämlich eine Denkkrankheit in der ursprünglichen Entstehung des amerikanischen kapitalistischen Systems ist. Mehr noch, kein menschengemachtes System ist frei von Rassismus. Ein solches unterliegt nämlich

den Neigungen und Wünschen der Menschen, die eine Besserstellung des Weißen gegenüber einem Schwarzen und des Roten gegenüber einem Gelben bestimmen wollen, auch wenn damit anderen und am Ende auch ihnen selbst nur Schaden zugefügt wird!

Allein der Islam sorgte und sorgt für ein Ende des Rassismus. So gibt es keinen Unterschied zwischen den Menschen aufgrund von Hautfarbe, gesellschaftlichem Status oder Reichtum. Alle sind sie gleich. Sie unterscheiden sich allein durch Gottesfurcht. Der Erhabene sagt:

﴿يَا أَيُّهَا النَّاسُ إِنَّا خَلَقْنَاكُمْ مِنْ ذَكَرٍ وَأُنْثَىٰ وَجَعَلْنَاكُمْ شُعُوبًا وَقَبَائِلَ لِتَعَارَفُوا إِنَّ أَكْرَمَكُمْ عِنْدَ اللَّهِ أَتَقَاكُمْ إِنَّ اللَّهَ عَلِيمٌ خَبِيرٌ﴾

Ihr Menschen! Wir haben euch aus einem männlichen und einem weiblichen Wesen erschaffen und euch zu Völkern und Stämmen gemacht, auf dass ihr euch kennenlernen möget. Wahrlich, der Edelste vor Allah ist der Gottesfürchtigste unter euch. Wahrlich, Allah ist Allwissend, Allkundig. (49:13)

Und der Gesandte sprach in einem bei al-Baihaqī (384 bis 458 n. H.) von Abū Naḍra überlieferten Hadith, der von ibn ‘Abdullāh tradiert wurde:

﴿يَا أَيُّهَا النَّاسُ، إِنَّ رَبَّكُمْ وَاحِدٌ، وَإِنَّ أَبَاكُمْ وَاحِدٌ، أَلَا لَا فَضْلَ لِعَرَبِيٍّ عَلَىٰ عَجَمِيٍّ، وَلَا لِعَجَمِيٍّ عَلَىٰ عَرَبِيٍّ، وَلَا لِأَحْمَرَ عَلَىٰ أَسْوَدَ، وَلَا لِأَسْوَدَ عَلَىٰ أَحْمَرَ، إِلَّا بِالتَّقْوَىٰ، إِنَّ أَكْرَمَكُمْ عِنْدَ اللَّهِ أَتَقَاكُمْ، أَلَا هَلْ بَلَّغْتُ؟﴾، قالوا: بلى يا رَسُولَ اللَّهِ، قَالَ: «فَلْيُبَلِّغِ الشَّاهِدُ الْغَائِبَ»

„Ihr Menschen! Euer Herr ist Einer. Und euer Vater (Adam) ist einer. Es gibt weder eine Besserstellung für einen Araber gegenüber einem Nichtaraber noch für einen Nichtaraber gegenüber einem Araber noch für einen Roten gegenüber einem Schwarzen noch für einen Schwarzen gegenüber einem Roten, außer durch Gottesfurcht. Der Würdevollste von euch bei Allah ist der Gottesfürchtigste. Fürwahr, habe ich verkündet?“ Sie antworteten: „Das hast du, o Gesandter Allahs!“ Er sagte: „So soll der Anwesende den Abwesenden benachrichtigen!“ Ähnliches überliefert al-Būṣaiṛī (762-840 n. H.) und auch aṭ-Ṭabarī, wo es in dem bei ihm tradierten Bericht heißt: **Es gibt keine Besserstellung eines Schwarzen gegenüber einem Weißen noch eines Weißen gegenüber einem Schwarzen.**

Rassismus kann nur der Islam ausrotten, denn er stammt vom Herrn der Welten und er stellt die Rechtleitung dar, die zur Wahrheit führt. Und er wird dafür sorgen, dass sich das Gute in allen Winkeln der Erde verbreitet.

﴿أَفَمَنْ يَهْدِي إِلَى الْحَقِّ أَحَقُّ أَنْ يُتَّبَعَ أَمَّنْ لَا يَهْدِي إِلَّا أَنْ يُهْدَىٰ فَمَا لَكُمْ كَيْفَ تَحْكُمُونَ﴾

Hat jemand, der zur Wahrheit leitet, ein größeres Anrecht darauf, dass man ihm folgt, oder jemand, der (nur) dann die Rechtleitung findet, wenn er (selbst) rechtgeleitet wird? Was ist mit euch? Wie urteilt ihr nur? (10:35)

20. Šauwāl 1441 n. H.

11. Juni 2020 n. Chr.